

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 193 SONNTAG, 21. Februar 1937

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Hinter den Kulissen von Krupp
Eine halbe Milliarde
Rüstungsgewinn

Die Maske des Friedens

Internationale Entspannung? — Keine Kriegsgefahr, nur Kriegspsychose? — Deutschland, das Friedenslamm?

Der deutsche Reichsaußenminister von Neurath hat in einem Interview behauptet, daß die außenpolitische Konstellation weitgehend entspannt sei, daß Deutschland absolut friedfertig sei, und daß eine wirkliche Gefahr nur in der Kriegspsychose bestehe, die systematisch von Leuten geschürt werde, die ein Interesse an einer derartigen Tätigkeit hätten.

Eine schöne Entspannung beobachten wir, wenn wir um uns blicken! In Spanien wird ein Krieg geführt, dessen Schamlosigkeit nur noch von den diplomatischen Lügen übertroffen wird, mit denen der klare Tatbestand verdunkelt werden soll — sei es in Berlin oder Rom, sei es im englischen Parlament. In Danzig werden die letzten Reste der verfassungsmäßigen Freiheit und damit des Ansehens des Völkerbundes zu Boden gestampft. Gegenüber der Tschechoslowakei wird ein haßerfüllter Propagandakrieg voll wilder und unverhohlener Drohungen geführt, der in seiner Art schon Kriegsgefahr ist. Auf dem Balkan wird eine Zersetzungsarbeit betrieben, die alle Elemente friedlicher Ordnung auflösen soll. Gegen Osten reißen die Feinderklärungen gegenüber Sowjetrußland nicht ab, gegen Westen werden die alldeutschen Kolonialforderungen vertreten. Italien, Hitlers Partner, sucht Kelle zwischen England und Frankreich zu treiben mit der Versicherung, England werde am Ende die deutsche Forderung mit französischen Kolonien honorieren. Dem spanischen Konflikt im Westmittelmeer entspricht ein Konflikt Frankreich-Türkei im Ostmittelmeer, in Südosteuropa herrscht Verwirrung.

Und dabei haben wir noch nicht einmal von den Rüstungen gesprochen. Rüstungen in Deutschland, in Frankreich, in Sowjetrußland wie in der ganzen Welt — und nun dazu das gigantische englische Rüstungsprogramm, das nichts anderes ist als unmittelbare Vorbereitung auf einen ganz nahe gefürchteten Krieg. — Nicht das Mutterland allein rüstet, sondern auch die Dominien, und wenn etwas die Zweckbestimmung dieser Rüstung aufzeigt, so die Tatsache, daß die südafrikanische Union bei den Rüstungen der Dominien vorangeht. Diese Rüstung des englischen Weltreichs richtet sich gegen Deutschland und Italien. Wozu denn die Rüstungen, wenn die außenpolitische Konstellation weitgehend entspannt ist, wozu die deutsche Vierjahresplan, wozu die englische Rüstungsantwort auf diesen Vierjahresplan? Soll man annehmen, daß diese Rüstungen nur der Ausfluß der böswillig erzeugten Kriegspsychose sind, von der der deutsche Außenminister gesprochen hat?

Es gibt allerdings eine »Kriegspsychose«, die keinen Wahn darstellt, sondern ein Gefühl für die Wahrheit! Der einfache Mann auf der Straße nimmt an, daß diese gigantischen Rüstungen einen Zweck haben müssen, und der Zweck von Kriegsrüstungen ist bekanntlich der Krieg. Hat denn nicht die Politik des Dritten Reichs die Kriegsdrohung zum Mittel ihrer Politik gemacht? Droht sie nicht ununterbrochen mit dem Amoklauf, mit der allgemeinen Brandstiftung in Europa, wenn ihrem gemeingefährlichen Treiben nicht freie Bahn gelassen werde? Sucht sie nicht dauernd, kleinere und schwächere Länder unter den dauernden

Druck einer unverhohlenen Drohung mit dem verbrecherischen kriegerischen Ueberfall zu halten? Dies Treiben ist so deutlich, daß heute selbst die Diplomatie offen von der deutschen Politik des internationalen Terrors spricht. Angesichts dieser Zustände in Europa sollen die Völker sich nicht vor dem Krieg fürchten?

Wie steht es denn in Deutschland? Jeder, der Berichte aus Deutschland erhält und die Lage unbefangen prüft, weiß es: landauf, landab eine einzige große Kriegspsychose, schlimmer noch als bei anderen Völkern! Wer sind denn hier die Leute, die nach den Worten von Neurath »in ihrem Interesse systematisch die Kriegspsychose schüren?« Sind diese Leute so mächtig, daß sie gegen das

Reichspropagandaministerium, gegen die gleichgeschaltete Presse, gegen die Gestapo das ganze Volk in Kriegspsychose versetzt haben? Oder sind es nicht vielmehr die Taten der deutschen Regierung selbst, die die Kriegspsychose im Volke erzeugen — eine berechtigte Kriegspsychose? Ein System, das die letzten Reserven der Volkswirtschaft in die Rüstung wirft, das seine Qualitätsarbeiter Tag und Nacht nur Waffen und Munition erzeugen läßt, das seinen ganzen Erziehungsapparat auf Erzeugung von Kriegsbegeisterung abstellt, erzeugt Kriegspsychosen.

Wozu dann das Gerede von der internationalen Entspannung, von der unbegründeten, künstlich erzeugten Kriegspsychose? Weil das Treiben der deutschen Po-

litik die Kriegsgefahr so unmittelbar nahe gebracht hat, daß für die Kriegspropaganda die Schuldfrage von Bedeutung wird. Dies Interview des deutschen Reichsaußenministers steht im Dienste einer neuen Unschuldslüge des kriegslüsternden deutschen Militarismus. Es soll ablenken von der Tatsache, daß der neue deutsche Militarismus die Kriegsgefahr von heute heraufbeschworen hat, daß er es ist, der alle Völker auf die Bahn des Wettrüstens gezwungen hat. Der deutsche Reichsaußenminister befolgt eine altbekannte und bewährte Taktik, wenn er schreit: Haltet den Dieb!

Aber wen glaubt er heute noch täuschen zu können?

Der kalte Staatsstreich in Danzig

Die Taktik der Nationalsozialisten

Der Freistaat Danzig befindet sich heute in der gleichen Lage wie Deutschland im Mai 1933. Die Verfassung ist tatsächlich gebrochen. Mit einigen formalen und terroristischen Handgriffen zerreißen die Nazis die wenigen Zwirnsfäden, die davon noch vorhanden sind.

In der Vorwoche hat der Senat durch eine Verordnung einen neuen verfassungswidrigen Anschlag gegen die Rechte der Volkstagsabgeordneten durchgeführt. In einer von ihm erlassenen Novelle zum Volkstagswahlgesetz wird angeordnet, daß als Verzicht auf das Abgeordneten-Mandat auch anzusehen sei, wenn sich ein Abgeordneter außerstand setze, die Pflichten, die ihm sein Amt insbesondere zur Mitarbeit auferlegt, zu erfüllen. Die angebliche Pflichtverletzung eines Abgeordneten soll festgestellt werden durch den vom Senat eingesetzten Wahlausschuß, der zu zwei Dritteln aus Nationalsozialisten besteht. Diese Verordnung ist bereits in einem Falle, und zwar gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Johannes Kruppke aus Tiegenhof, Kreis Großes Werder, angewandt worden. Durch die neue Verordnung wird den verfassungswidrigen disziplinarischen Maßnahmen gegen oppositionelle Abgeordnete Tür und Tor geöffnet.

Im Falle des sozialdemokratischen Abgeordneten Kruppke hat der Naziterror gewirkt: dies dem Genossen Kruppke aberkanntes Mandat hat sich inzwischen in ein nationalsozialistisches Mandat verwandelt.

Nachdem der Führer der Deutschnationalen, Dr. Blavier, mehr als 3½ Monate im Danziger Polizeigefängnis in Schutzhaft gesessen hat, hat er sich jetzt unter dem Druck der gegen ihn durchgeführten Maßnahmen veranlaßt gesehen, auf sein Abgeordnetenmandat im Danziger Volkstag zu verzichten. Dr. Blavier befindet sich aber nach wie vor in Schutzhaft. Augenscheinlich will man von ihm eine Erklärung erpressen, sich in Zukunft nicht mehr politisch betätigen zu wollen.

Auch in diesem Falle ist das Ziel, den Mandatsnachfolger durch Terror zum Stimmen für die NSDAP zu pressen. Gelingt dies, so fehlt den Nationalsozialisten nur noch eine Stimme an der verfassungsändernden Mehrheit!

Das ist die Taktik, und sie ist nicht neu. Es ist dieselbe Methode, die im Frühjahr 1933 in deutschen Ländern und Gemeinden, zum Beispiel in Braunschweig, geübt worden ist. Diese mit terroristischen Methoden zusammengesobene verfassungsändernde Mehrheit soll es dem Völkerbund ermöglichen, gegenüber dem offenkundigen Rechtsbruch das Gesicht zu wahren.

Der offene Terror

In der letzten Woche hat die Danziger Polizei zu einem Schlag gegen die Zentrums-Partei ausgeholt, gegen die bereits seit einigen Wochen eine besonders heftige Hetzkampagne durch die NSDAP entfacht worden war. Unter dem Vorwand, ein Ersatzblatt für die verbotene »Danziger Volkszeitung«, das Organ der Danziger Katholiken, herausgegeben zu haben, wurde der 1. Vorsitzende der Partei, der Volkstagsabgeordnete und Geistliche Studienrat Dr. Richard Stachnick, von der politischen Polizei verhaftet, ohne daß der Volkstag vorher seine verfassungsmäßig verankerte parlamentarische Immunität aufgehoben hätte. Dr. Stachnick wurde, gemeinsam mit dem Herausgeber des angeblichen Ersatzblattes, »Das kleine Blatt«, Grzenia, einem Angehörigen der polnischen Minderheit, vor ein Schnellgericht gestellt und zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Dr. Stachnick wurde sofort in Haft behalten. Er hat gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Nachdem nun auch Dr. Stachnick verhaftet worden ist, befinden sich jetzt die Führer sämtlicher drei Oppositionsgruppen in Danzig hinter Gefängnismauern, neben Dr. Stachnick und Dr. Blavier bekanntlich auch der 1. Vorsitzende der politisch aufgelösten Sozialdemokratischen Partei, Abgeordneter Arthur Brill, der wegen der bekannten Waffenbesitz-Legende, die auch zur Begründung der Parteauflösung diente, bereits vor zwei Monaten in Untersuchungshaft genommen worden ist.

Anfang Februar hat die politische Polizei ferner eine große Aktion gegen ehemalige Mitglieder des politisch aufgelösten Arbeiter-Turn- und Sportverbandes der Freien Stadt Danzig durchgeführt. 13 Mitglieder der ehemaligen Ortsgruppe Danzig-Langfuhr dieses Verbandes befinden sich wegen angeblicher Fortführung der verbotenen Organisation seit dem 4. Februar in Polizeihaft.

Am 12. Februar ist nun auch der bisherige 1. Vorsitzende des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes, das sozialdemokratische Mitglied der Stadtbürgerschaft Hermann Thomat, ein Redakteur der verbotenen »Danziger Volksstimme«, von der politischen Polizei verhaftet worden. Gegen die Arbeitersportler soll eine Gerichtsverhandlung durchgeführt werden. Entgegen der sonstigen Übung hat die Polizei sie nicht sofort vor des Schnellgericht gestellt, augenscheinlich weil man die Folgen von Mißhandlungen durch die Beamten der politischen Polizei, denen die Sportler während der Vernehmungen ausgesetzt waren, nicht publik werden lassen will.

Vom System ermordet

Nach amtlichen deutschen Berichten sind in den letzten Tagen drei Hinrichtungen wegen Landesverrats erfolgt. Was heute in Deutschland Landesverrat ist, ist nicht zu übersehen. Es muß angenommen werden, daß es sich um politische Justizmorde handelt.

Gleichzeitig wird mitgeteilt, daß der Kommunist Johann Eggert hingerichtet worden ist, weil er sich bis zu seiner Verhaftung für die Komintern betätigt habe. In diesem Falle also wird zugestanden, daß der Kommunist Eggert wegen der Propaganda einer Gesinnung abgeschlachtet worden ist.

Dieser Kommunist hat nichts anderes getan, als was die Agenten des Herrn Bohle — jetzt in amtlicher Eigenschaft — unbehelligt in allen Ländern der Erde tun. Er hat nichts anderes getan, als daß er eine Propaganda getrieben hat, wie sie Herr von Ribbentrop täglich in London treibt.

Der sogenannte »Antibolschewismus« des braunen Systems ist nichts anderes als der blutige Terror gegen jede Freiheitsregung — und der Ermordete hat die gerechte Empörung gegen dies blutbefleckte System mit seinem Tode besiegelt.

Hitler läßt wählen

Die Wahlmaschine gegen die evangelische Opposition.

Das Regime will Wahlen ausschreiben für eine »verfassungsgebende Generalsynode der Deutschen Evangelischen Kirche«. Die Reste der alten Kirchenbürokratie haben sich bisher immer noch gegen die Gleichschaltungsabsichten von Hitlers Kirchenminister Kerri gehalten.

Verschärfte Blockade?

Die Schande der einseitigen Nichtintervention

ten — wobei man nicht verkennen darf, daß dieser Widerstand keineswegs auf prinzipiell antifaschistischer Gesinnung beruht. Eine Reihe von kleineren Konflikten hat schließlich dazu geführt, daß der sogenannte Reichskirchenausschuß zurücktrat — das ist der Nachfolger des Reichsbischofs — weil er sich mit Kerri nicht mehr verständigen konnte. Den Anlaß dazu bildete ein Kanzelverbot für sieben Lübecker Pfarrer.

Diese Feinden zwischen bürokratischen Organisationspitzen sollen nun durch allgemeine Kirchenwahlen beendet werden. Das ist das Patentrezept, das Hitler bereits einmal angewandt hat. Nach dem Hinauswurf Hugenburgs aus der Regierung und der Entmachtung der Deutschnationalen wurde durch die allgemeinen Kirchenwahlen vom Juli 1933 die deutschnationale Machtstellung in den evangelischen Landeskirchenverwaltungen gebrochen. Unter dem Druck der SA endeten diese Wahlen mit dem überwältigenden Siege der »Deutschen Christen«. Die alte deutschnationale Reaktion flog aus Pfründen und Machtstellungen heraus, der Weg zu den Pfründen wurde frei für die nationalsozialistischen Revolutionsgewinner.

Das Verhältnis, das sich nach diesem ersten großen Schub herausgebildet hat, ist seitdem einigermaßen stabil geblieben — trotz dem Kleinkrieg, der sich zwischen Pfarrern und Gestapo, zwischen Reichsbischof und Landeskirchen abgespielt hat. Dieser Kleinkrieg hat die Grundlagen des Systems nicht berührt. Kirchliche Opposition ist keineswegs gleichbedeutend mit Opposition gegen Aufrüstung und Krieg. Hitler hat deshalb diese Dinge gehen lassen, sein eigener engerer Kreis zeigt durch den Austritt aus der Kirche, daß ihn diese Fragen nicht interessieren. Da jetzt ein größeres Konflikt unheimlich zu werden droht, wird er mit dem altbewährten Mittel ausgetreten. Denn allgemeine Wahlen im Hitler-system bedeuten Einsatz der Wahlmaschine, und Einsatz der Wahlmaschine bedeutet, daß künftig die totalitäre Regelung der Kirchenfragen den nationalsozialistischen Parteidiensstellen übertragen wird. Damit wird die Religion in den neuen Vierjahresplan einbezogen und bereitgestellt zur Erzeugung der notwendigen Kriegsbegeisterung, Marke Weltkrieg.

Bürokratie und Monopolpartei

Das neue »Deutsche Beamtengesetz«

Mit einem »Deutschen Beamtengesetz« vom 26. Januar 1937, dessen Einzelheiten jetzt hier und da in der gleichgeschalteten Presse kommentiert werden, hat das Regime nunmehr jenes andere und »vorläufige« vom Frühjahr 1933 abgelöst, mit dem Hitler seinerzeit den wütendsten Gesinnungs-terror in allen Ministerien und Präsidien bis hinab zur letzten Zollwächterbaracke praktizierte. Das neue Gesetz tritt allerdings erst ab 1. Juni dieses Jahres bestimmungsgemäß in Kraft, was darauf schließen läßt, welches große Generalrevirement unter den »Festbesoldeten« die Herren noch vorhaben, um mit den neuen Bestimmungen nicht in die Luft zu stoßen.

Im ganzen gesehen erscheint das neue Gesetz als das Gesetz eines Kompromisses zwischen den persönlichen Ansprüchen Hitlers als dem auch von Bürokratie und Armee getragenen »Souverän« und den Erwartungen und Ambitionen seiner Nationalsozialistischen Partei und aller ihrer Würdenträger. Das berühmte-berühmte »Verhältnis zwischen Staat und Partei« in Hitlerdeutschland ist ja das große Sorgenkind seiner Doktriner und Kronjuristen seit je. Wie es »eigentlich« ist, darauf gibt jeder braune »Rechtswahrer« in den vielen hundert Abhandlungen, die schon zum Thema erschienen sind, eine andere Antwort. Hitler selbst hat durch einander sich förmlich aufhebende rethorische Formeln in seinen »großen« Führerreden den ungeheuren Wirrwarr nur noch vermehrt. Jetzt statuiert das neue Gesetz ausdrücklich »die innere Verbundenheit mit der Partei« als »Voraussetzung für die Ernennung zum Beamten«. Weiter: »Der Beamte hat sich jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzusetzen und sich in seinem gesamten Verhalten von der Tatsache leiten zu lassen, daß die NSDAP in unauflöslicher Verbindung mit dem Volke Trägerin des deutschen Staatsgedankens ist«. Man besichte: nicht des Staates, sondern nur des Staatsgedankens — ein feiner, aber vieldeutiger Unterschied! Immerhin wirkt Heß als des »Führers« Stellvertreter jetzt bei jeder Beamtenernennung durch Erteilen des notwendigen Parteistempels mit, was in einem besonderen Gesetz noch künftig festgelegt werden soll. Alle Beamten sind jetzt gehalten, auch Vorgänge, die nur »den Bestand der NSDAP gefährden«, dienstlich zu verfolgen, auch wenn der Betreffende nur privat zu ihrer Kenntnis gekommen ist.

Ab 20. Februar mitternachts sollen aus den Ländern des Nichtinterventionsabkommens keine Freiwilligen mehr nach Spanien gehen dürfen, ab 6. März soll die spanische Küste international kontrolliert werden.

Wen täuscht dieses Manöver noch? Seit dem Fall von Malaga sind in Cadix und Malaga aufs neue starke Kontingente italienischer Truppen gelandet worden, in einem Falle in Malaga direkt von einem italienischen Kreuzer. Nach den Berichten der Reuter-Agentur hat es sich bis zum 15. Februar um rund 15.000 Mann gehandelt — und diese Versendungen sind noch nicht zu Ende. Wenn die neue Nichtinterventionsmaßnahme nicht die Zurückziehung dieser Truppen vorsieht, so wird sie nur ein einseitiger, bewußter Schlag gegen die spanische Regierung sein. Die bisher bekannt gewordenen Texte aber enthalten über eine solche Zurückziehung der italienischen und deutschen Truppen kein Wort.

Das bedeutet, daß nunmehr, nachdem die Rebellen mit Kriegsmaterial und Truppen zu einem Generalangriff auf Madrid und Valencia hinreichend versorgt sind, die Blockade gegen die sich verzweifelt wehrende Regierung verschärft wird. Die Blockade der demokratischen Länder gegen die demokratische Regierung! Das bedeutet, daß die Entsendung von italienischen und deutschen Truppen bis zu diesem Zeitpunkt gewissermaßen legalisiert wird.

Was immer der Sinn der Nichtinterventionspolitik der französischen Volksfront gewesen sein mag — das kann sie nicht ertragen. Die Wirkung einer solchen Politik mag den Absichten reaktionärer Konservativer in England entsprechen, aber sie ist unvereinbar mit den Grundprinzipien der französischen Volksfrontpolitik. Der Zynismus, mit dem im englischen Unterhaus die italienischen Truppen amtlich als »Freiwillige« bezeichnet werden, mag gut sein für die Deckung der geheimen Absichten jener Engländer, die den Sieg der Regierung verhindern wollen — aber er darf niemals als diplomatische Fiktion von einer Regierung gleich der französischen Volksfrontregierung benutzt werden.

Denn wenn die spanische Regierung — benannt von den Truppen zweier Großmächte, an Händen und Füßen gefesselt durch die einseitige Blockade der demokratischen Mächte — zusammenbrechen sollte, so würden die Wirkungen dieses Schlags nicht auf Spanien begrenzt bleiben. Es würde ein Schlag gegen die gesamte europäische Demokratie sein, der seine Rückwirkungen vor allem auch auf die Entwicklung in Deutschland haben würde!

Worum geht es in Spanien

Von Pietro Nenni.

Vertreter der SAI bei den Internationalen Brigaden.

An der Front vor Madrid, Februar 1937:

Nach sechs Monaten Bürgerkrieg sind die wesentlichen Fragen, um die es in Spanien geht, immer noch die gleichen. Das heißt, daß die politische und soziale Zukunft Spaniens aufs engste gebunden ist, an den Ausgang des Krieges. Nichtsdestoweniger hat sich ein neues Element (von selber, möchte man sagen) in den Vordergrund geschoben: der Kampf für Spaniens Unabhängigkeit.

Wer aus der Partei ausgeschlossen worden ist, kann nicht mehr Beamter sein. In den Ruhestand soll versetzt werden, wer nicht »den vollen Einsatz seiner Person für den nationalsozialistischen Staat« gewährleisten kann. Ruhestandsbeamte, auch Witwen und Waisen verstorbener Beamter, die als nicht zuverlässig im Sinne der Partei angesprochen werden, verlieren mindestens auf Zeit ihre Bezüge ...

Insofern wäre mit allen diesen Bestimmungen ein förmlicher neuer Stachelndraht um den »totalen« Parteiarakter des Dritten Reiches gezogen, wenn nicht folgende Bestimmungen des neuen Gesetzes gerade von der gegenteiligen Konzeption ausgingen: Wenn der Beamte gleichzeitig als Mitglied der NSDAP nicht nur der Gehorsamspflicht gegenüber seinem Dienstvorgesetzten, sondern auch dem zuständigen Parteiführer unterliegt, hat er sich im Konfliktfall ausschließlich an die Weisungen des dienstlichen Vorgesetzten zu halten und macht sich strafbar wenn er »als Nationalsozialist« handeln wür-

In seiner Rede in Valencia hat der Präsident der Republik, Azana, — ein langes Schweigen brechend — mit Kraft und Nachdruck diesen Charakter des Krieges unterstrichen. Von »Invasionskrieg« sprach er und von direktem Angriff auf die Unabhängigkeit Spaniens. Schon vor dem Präsidenten hatten die spanischen Arbeiterparteien, insbesondere die Sozialisten, die Kommunisten und die Vereinigte Jugend, den antinationalen Charakter des Unternehmens Francos hervorgehoben. Heute ist in Spanien jedermann überzeugt, daß der Krieg nicht allein die politische und gesellschaftliche Ordnung Spaniens bedroht, sondern auch seine selbständige Staatlichkeit, den Bestand des Landes als unabhängige Nation.

Manchen hat es mißfallen, daß die nationale Seite des spanischen Krieges mit so viel Nachdruck betont werde; sie haben über die patriotische Abweichung der Revolution und des Bürgerkrieges geseufzt, die nach ihrer Meinung in Gefahr wären, im Burgfrieden unterzugehen. All dies sind kindliche Vorstellungen, Wortradikalismus oder Schlimmeres. Die gegenwärtigen Ereignisse in Spanien bestätigen, daß es für die breiten Massen des Volkes nur ein Mittel gibt, das Vaterland zu verteidigen: das ist der Kampf gegen die Kapitalisten, die Grundbesitzer, die Klerikalen, die Faschisten, die Reaktionäre des eigenen Landes. Mag sein, daß im Kopfe des einen oder des anderen Politikers der Gedanke spukt, Spanien von der Revolution und der sozialen Befreiung abzulenken, indem man alle Anstrengungen gegen den nationalen Feind richtet. Aber dieser nationale Feind ist kein metaphysischer oder abstrakter Begriff; neben Hitler und Mussolini stehen Spanier, hinter Franco stehen bestimmte Klassen, bestimmte Interessen, in bestimmten Parteien und bestimmten gesellschaftlichen Schichten verkörpert. In dem Maße, als die ausländische faschistische Intervention den Bestand eines unabhängigen Spanien selbst bedroht, hat sich die spanische Volksfront erweitert; zugleich und aus den gleichen Gründen ist das Verbrecherische des Unternehmens der spanischen Faschisten den Massen des Volkes klar bewußt geworden; mit dem Ergebnis, daß die Kluft, die das Spanien des Volkes von dem monarchistischen, klerikalen und faschistischen Spanien trennt, nur immer tiefer wurde. So kann man heute wie in den ersten Tagen des Krieges sagen, daß das spanische Volk zugleich seine demokratische und seine soziale Revolution ausführt, wobei die eine wie die andere an den Ausgang des Freiheitskrieges geknüpft ist.

Was zu begreifen schwer fällt, was einzelne Teile der öffentlichen Meinung noch nicht recht begriffen haben, das ist die Unterordnung der demokratischen und der sozialen Revolution unter den Krieg. Daher rührt ein gewisser politischer Dilettantismus, der sich eher darin gefällt, Pläne für die künftige Gesellschaft auszuarbeiten, als er entschlossen ist, alles dranzusetzen, um den Krieg zu gewinnen und so die unerlässliche Voraussetzung der künftigen Gesellschaft zu schaffen. Die Regierung mußte und muß gegen diesen politischen Dilettantismus ankämpfen, der hierzulande tief verwurzelt ist in dem eingefleischten Individualismus, in dem Partikularismus der einzelnen Landestteile und Gemeinden, in dem Kirchturmgeist oder auch in einem Radikalismus, der manchmal, ja oftmals den Deckmantel für die faschistische Provokation abgibt. Man kann sagen, daß die wirklichen

Fortschritte des spanischen Volkes gegenüber dem Spanien der Reaktion weit mehr darin zum Ausdruck kommen, was an wirksamen Maßnahmen für die Vereinheitlichung und die Organisation des Heeres und der Wirtschaft durchgeführt wird, als in einzelnen militärischen Ereignissen an dieser oder jener Front.

Heute ist der Einsatz klar und die Karten sind aufgedeckt. Was braucht das Spanien des Volkes, um zu siegen?

Es braucht die strikteste Durchführung der Politik, deren Richtlinien die Regierung entworfen hat; Vereinheitlichung der Armee, Liquidation der Abteilungen, die einer besonderen Fraktionsdisziplin unterstehen, planmäßige Gestaltung der Produktion, Verschärfung der Disziplin von oben bis unten im militärischen wie im zivilen Apparat, Wiederherstellung des Sinns für Verantwortung und Autorität an allen Stellen.

Dies hängt von Spanien ab, von seiner Regierung, von seinem Volk. Dies ist das Spanien des Volkes, seine Regierung, seine Bevölkerung zu tun im Begriff, eine Schwierigkeit nach der andern überwindend, einen Widerstand nach dem andern im Innern beseitigend.

Aber das Spanien des Volkes braucht noch etwas anderes. Wenn es nur mit Franco, mit den Monarchisten und Faschisten zu tun hätte, nur mit dem Spanien der Reaktion, es erfreute sich schon längst der Früchte des Sieges und genösse die Wohltaten des Friedens. Aber es steht im Kampf gegen den internationalen Faschismus, gegen Mussolini und Hitler. Darum muß es verteidigt werden gegen den internationalen Faschismus, gegen die ausländischen Truppen, die die faschistischen Diktatoren nach Spanien entsenden, nicht um spanischen Interessen, sondern um der Politik Mussolinis und Hitlers zu dienen, die die Einkreisung Frankreichs, die Herausforderung der Sowjetunion die Untergrabung des demokratischen Regimes, die Herbeiführung des Krieges will.

Dies aber hängt nicht von Spanien allein ab; dies hängt ab von den europäischen Demokratien, von der sozialistischen Arbeiterbewegung Europas. Man mag die spanische Frage noch so sehr von allen Seiten betrachten, man kommt immer wieder zu der gleichen Schlussfolgerung, die ich für mein Teil an diese Stelle schon vor Wochen und Monaten gezogen habe:

Das Spanien des Volkes hatte gegenüber den Völkern Europa die Pflicht, der faschistischen Drohung entgegenzutreten und mit den Waffen in der Hand seine Freiheit, seine Unabhängigkeit, seine Gegenwart und seine Zukunft zu verteidigen. Das hat es getan, das tut es um den Preis gewaltiger Opfer, unter denen die Verteidigung Madrids unter den schwierigsten Verhältnissen groß und dramatisch hervorleuchtet.

Die Völker Europas hatten gegenüber dem Spanien des Volkes die Pflicht, die Wache an den spanischen Grenzen zu beziehen, um die Einnischung des internationalen Faschismus zu verhindern. Man hat versucht, dies mit Mitteln zu erzielen, die sich in der Vergangenheit als unzulänglich erwiesen haben. Nun sind wir in einen neuen und entscheidenden Abschnitt eingetreten. Diesmal gilt es, Erfolg zu haben — um so mehr, als es zum Erfolg nur eines bedarf: des Willens, und als der Mißerfolg für das demokratische Europa schlimmer wäre als ein Fehler, schlimmer als ein Verbrechen: es wäre der Selbstmord.

amtenapparat — auch wieder so viel praktisch wirksame Distanz zwischen sich und der Partei zu setzen, daß im Falle ihres Versagens und Unterganges immer noch seine eigene Autorität eine gesonderte Rolle spielen könnte.

Das Dritte Märchenreich

»Auf Vorschlag des Oberbürgermeisters der Hansestadt Köln wird für die von der Märchenstraße gegenüber der Andersenstraße nach Osten abgehende Straße die Bezeichnung »Aschenbrödelweg«, für die von dem Aschenbrödelweg östlich der Märchenstraße nach Süden zur Dornröschenhecke abgehende Straße die Bezeichnung »Däumlingsweg«, für den von dem Däumlingsweg nördlich der Dornröschenhecke nach Osten abgehenden Weg die Bezeichnung »Froschkönigsweg«, und für den ebenfalls vom Däumlingsweg nördlich des Froschkönigsweges nach Osten abgehenden und in eine Platzanlage ausmündenden Weg die Bezeichnung »Heulmännchenplatz« festgesetzt.

»Westdeutscher Beobachter«.

